

Mit der Verfassung gegen Antisemitismus

Brandenburgs Kulturministerin Manja Schüle eröffnet Diskussion / Bekämpfung als Staatsziel

Benjamin Lassiwe

Potsdam

Der Direktor des Potsdamer Abraham-Geiger-Kollegs, Rabbiner Walter Homolka, hat gefordert, dass der Kampf gegen Antisemitismus ein Staatsziel der Brandenburger Landesverfassung werden sollte. Auch Kulturministerin Manja Schüle (SPD) erklärte, dafür "hohe Sympathien" zu haben. Beide äußerten sich am Dienstag während eines Symposiums, das das Potsdamer Moses-Mendelssohn-Zentrum, das Abraham-Geiger-Kolleg und die F.C. -Flick-Stiftung an der Universität Potsdam durchführten.

Bislang heißt es in Paragraph 7a der Brandenburger Verfassung, dass das Land das friedliche Zusammenleben der Menschen schütze und der Verbreitung rassistischen und fremdenfeindlichen Gedankenguts entgegenrete. "Antisemitismus ist aber in der Gesellschaft viel tiefer verwurzelt, als wir es uns eingeste-

hen wollen", sagte Schüle. Dafür müsse man nicht einmal die "Telegramkanäle von verwirrten Kochbuchautoren aus Berlin" lesen, "gelegentlich reicht der Blick in das Feuilleton der Zeitungen." Immer wieder heiße es dort, "Antisemitismus sei gefährlich, aber...". Das reiche nicht, so Schüle.

Homolka erinnerte daran, dass der Erfolg rechtspopulistischer Gedanken als Flucht vor der Herausforderung der Moderne in Brandenburg sehr groß sei. "Wir können selbst in unserem Parlament den braunen Ausfluss davon sehen." Bisher sei es der Gesellschaft gelungen, dieses Gedankengut einzugrenzen, bis es ins Zentrum vordringen könne. "Wir müssen uns aber mehr anstrengen, damit wir aus dem Geist unserer Verfassung wirksame Leitlinien für das Zusammenleben in Brandenburg gewinnen." Homolka betonte, die Verankerung der Antisemitismusbekämpfung als Staatsziel "wäre ein deutliches Zeichen

für das jüdische Leben in diesem Land, dass sich alle Menschen unter dieser Verfassung auf Augenhöhe zusammenfinden können, um unser vielfältiges Gemeinwesen in die Zukunft zu tragen."

Der Leiter der Fachstelle Antisemitismus am Potsdamer Moses-Mendelssohn-Zentrum, Peter Schüler, machte darauf aufmerksam, dass die größte Anzahl der antisemitischen Vorfälle in Brandenburg dem rechten Spektrum zuzuordnen seien, "weniger dem linken und noch viel weniger dem von der AfD behaupteten islamischen Antisemitismus, für den wir in Brandenburg so gut wie keine Belege haben." Mindestens signifikant habe sich die Häufigkeit von antisemitischen Vorfällen an Schulen erhöht. In diesem Zusammenhang sei es "bedauerlich", dass es bisher kein Weg für das Moses-Mendelssohn-Zentrum gebe, die im Bildungsministerium gesammelten Daten zu entsprechenden Vorfällen zu nutzen.